

Anträge

Sachgebiet 32.1

Aktenzeichen: 01.07.08

Vorlage Nr.: AN/0126/2014/1

Vorlage für die Sitzung	
Ausschuss für Stadtentwicklung: Umwelt, Planung 02.12.2014 und Verkehr	öffentlich

Beratungsgegenstand: **Antrag des Rats Herrn Heribert Schiebener - Fraktion Bündnis '90/Die Grünen - vom 07.10.2014 betreffend Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen in Rheinbach**

Anmerkungen zu Belangen von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen:
keine

Haushaltsmäßige Auswirkungen/Hinweis zur vorläufigen Haushaltsführung:
keine

1. Beschlussvorschlag:

Eine ordnungsbehördliche Verordnung zur Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen in Rheinbach wird nicht erlassen.

2. Sachverhalt/Rechtliche Würdigung:

Sicherlich ist es ohne Kastrationspflicht nicht möglich, die teils hohe und vielerorts steigende Populationsdichte dauerhaft und tierschutzgerecht zu vermindern oder zumindest auf vorhandenem Niveau zu stabilisieren, denn durch die hohe Populationsdichte draußen lebender Katzen können sowohl gesundheitliche Gefahren für Menschen und Haustiere entstehen, als auch eine Belastung für die öffentlichen Kassen.

Glücklicherweise ist Rheinbach von einer übermäßigen Katzenvermehrung – zurzeit jedenfalls – nicht betroffen, so dass die vorgeschlagene Maßnahme nur auf Städte und Gemeinden auszuweiten ist, wo sich tatsächlich Probleme ergeben.

Die im Antrag angesprochene satzungsrechtliche Regelung ist aus zwei Gründen nicht unproblematisch. Zum einen müsste nachgewiesen werden, dass tatsächlich im Stadtgebiet eine unverhältnismäßig hohe Katzenpopulation vorhanden ist. Zum anderen stellt sich bei einer entsprechenden satzungsrechtlichen Aufnahme die Frage, wie ein solches Kastrationsgebot kontrolliert oder praktisch durchgesetzt werden kann. Nach Auffassung der Verwaltung ist dies nicht möglich.

Es besteht vielmehr Einvernehmen, dass auch hier Aufklärungsarbeit der richtige Weg ist, um so eine Sensibilisierung der Katzenhalter für dieses Thema erreicht werden kann. Aus diesem Grund wird die Stadt Rheinbach in der Januar-Ausgabe von „kultur und gewerbe“ erneut auf diese Problematik hinweisen.

Diese Meinung vertritt auch der Rhein-Sieg-Kreis, so dass hier kein Bestreben für eine kreisweite Initiative zur Kastrationspflicht mit einhergehender Kennzeichnungspflicht zu erkennen ist. Vielmehr appelliert der Rhein-Sieg-Kreis durch regelmäßige Pressemitteilungen an die Vernunft der Katzenhalter.

Rheinbach, den 14.11.14

gez. Unterschrift
Peter Feuser
Fachbereichsleiter

gez. Unterschrift
Kurt Strang
Fachgebietsleiter

Anlagen:

Antrag des Rats Herrn Heribert Schiebener - Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - vom 07.10.2014 betreffend Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung zur Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Freigängerkatzen in Rheinbach